

# Yu-Hsi Nieh

## Zur politischen Lage in Taiwan

### (I) Innenpolitik

#### I Die Parteienlandschaft

Seit Anfang letzten Jahres bestimmen in der Innenpolitik Taiwans hauptsächlich Flügelkämpfe der Regierungspartei KMT (Kuomintang) die Szene. Im Februar 1993 fand ein Kabinettswechsel statt. Lian Zhan (Lien Chan) löste Hao Bocun (Hau Pei-tsun) als Ministerpräsidenten (Präsident des Exekutiv Yuan) ab. Hao, 74, galt und gilt als der Führer der sogenannten Nichthauptströmungsgruppe (Feizhuliupai) im Gegensatz zum Staatspräsidenten Li Denghui (Lee Teng-hui), der die sogenannte Hauptströmungsgruppe (Zuliupai) anführt. Die Angehörigen der Hauptströmungsgruppe sind in erster Linie gebürtige Taiwaner, während die der Nichthauptströmung überwiegend Festländer sind, die nach dem 2. Weltkrieg aus anderen chinesischen Provinzen nach Taiwan einwanderten. Der größte Meinungsunterschied zwischen ihnen liegt in der China-Politik. Die Nichthauptströmung hält an der Einheit Chinas fest, dagegen will sich die Hauptströmung vom chinesischen Festland distanzieren.

Die Ablösung von Hao durch Lian war umstritten, weil bei den Wahlen zum Gesetzgebungs Yuan als dem wichtigsten Parlamentsorgan im Dezember 1992 die Nichthauptströmung verhältnismäßig besser abgeschnitten hatte als die Hauptströmung. Die zur Nichthauptströmung zählenden Kandidaten wurden also zum großen Teil gewählt, während von den zur Hauptströmung zählenden viele nicht durchkamen, doch gemäß der absoluten Zahl verfügt die Hauptströmung über weit mehr Sitze als die Nichthauptströmung. Darüber hinaus konnte die Hauptströmung im Kampf gegen Hao noch mit der Unterstützung der größten Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) rechnen, die eine klare Unabhängigkeit Taiwans von China befürwortet und über ein Drittel der Sitze im neuen Gesetzgebungs Yuan verfügt.

Zunächst gab es eine Patt-Situation. Li weigerte sich, Hao zum neuen Ministerpräsidenten zu ernennen, und dieser wollte nicht zurücktreten. Schließlich wurde der Streit durch einen "Kuhhandel" beigelegt. Hao gab das Amt auf, nachdem Li zugesagt hatte, durch Änderung des Parteistatuts das Amt eines Stellvertretenden Parteivorsitzenden für Hao zu schaffen. Einschließlich Haos

hat Li seit seinem Amtsantritt 1988 bereits drei Ministerpräsidenten entlassen, alle Festländer der älteren Generation. Haos Nachfolger Lian wurde zwar 1936 auf dem chinesischen Festland geboren und hat auch eine festlandchinesische Mutter, doch sein verstorbener Vater war ein gebürtiger Taiwaner, und Lian gilt somit als der erste "einheimische" Regierungschef. Seine Ernennung verdankt er nicht nur seiner Abstammung, sondern auch seiner Loyalität gegenüber Li Denghui. Verglichen mit seinen Vorgängern Hao Bocun und Li Huan, die seinerzeit die "starken Männer" in der Armee bzw. Partei waren, ist Lian eher ein farbloser Administrator als ein Vollblut-Politiker. Vor seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten bekleidete er das Amt des Gouverneurs der Provinz Taiwan.

Das von Lian hinterlassene Amt in der Provinzregierung wurde von Song Chuyu (James Soong) übernommen, der bis dahin Generalsekretär der KMT war. Diese Ernennung, eine Beförderung Songs, überraschte viele, weil er eigentlich die Verantwortung für die starken Stimmenverluste der KMT bei den letzten Wahlen zum Gesetzgebungs Yuan Ende 1992 tragen sollte. Song, 52, ist zwar Festländer, aber langjähriger Vertrauter von Li Denghui. Zu seinem Nachfolger als Parteigeneralsekretär wurde Xu Shuide (Hsu Shui-teh, 63) ernannt. Xu, ein Einheimischer, gehört ebenfalls zu den Vertrauensleuten von Li. Mit diesen personellen Fluktuationen wurde die Nichthauptströmungsgruppe aus der Regierungs- und Parteiführung verdrängt.

Der Flügelkampf der KMT erreichte aber noch einen weiteren Höhepunkt auf dem 14. Parteitag im August 1993. Die Nichthauptströmungsgruppe hatte zwar ihre Position im Machtzentrum verloren, zählte aber noch viele Anhänger an der Basis, besonders in militärischen, akademischen und überseeschinesischen Kreisen. Um eine Mehrheit zugunsten der Hauptströmungsgruppe zu sichern, ließ die Parteiführung trotz des Widerstandes der Nichthauptströmungsgruppe 700 KMT-Parlamentarier auf Zentral- und Provinzregierungsebene ohne Wahl durch die Parteibasis automatisch als Ex-officio-Delegierte am Parteitag teilnehmen, weil sie überwiegend Einheimische, für Li Denghui und gegen Hao Bocun sind. Einschließlich zahlreicher anderer Manöver machte es so den Eindruck, daß die Hauptströmung nach der Eroberung des Regierungsapparates der Nichthauptströmung auch in der Partei einen Vernichtungsschlag zu liefern plante. Am Vorabend des Parteitages gab es vor dem Tagungsgebäude eine Demonstration von Anhängern der Nichthauptströmungsgruppe mit Transparenten gegen den Parteivorsitzenden Li Denghui, die von der Polizei mit Gewalt aufgelöst wurde.

Am 17. August kam es zur äußersten Anspannung, als der Antrag auf die Einführung des Amtes eines Vizepartei vorsitzenden zur Abstimmung vorgelegt wurde. Da es eine Änderung des Parteistatuts betraf, war eine Dreiviertelmehrheit der Stimmen erforderlich. Schätzungsweise gehören nur rund 400 der 2.100 Delegierten zum Nichthauptströmungsflügel. Nach heftigen Debatten einschließlich lauten Schimpfens und einer Schlägerei stimmten überraschend 1.007 der insgesamt 1.648 anwesenden Delegierten für die Einführung des neuen Amtes. Es fehlten nur 91 Stimmen für die Zweidrittelmehrheit, aber es war eine deutliche große Mehrheit. Daraufhin

forderten die Anhänger der Nichthauptströmung eine Wiederholung der Abstimmung. Dies lehnte die Hauptströmung ab. Schließlich wurde die Sitzung unterbrochen.

Aus Furcht vor einer endgültigen Spaltung der Partei sowie vor einem möglichen schlechten Ergebnis für ihn bei der Vorsitzendenwahl entschied Li Denghui nach Beratung mit seinen engsten Mitarbeitern schließlich, sich für die Einführung "einiger Ämter" des Vizeparteivorsitzenden einzusetzen. Daraufhin wurde von den Delegierten bei der Wiederaufnahme der Sitzung am gleichen Tag nach einem Appell Lis zur Solidarität die diesbezügliche Satzungsänderung durch Akklamation verabschiedet. Am folgenden Tag, dem 18. August, schlug Li nach seiner Wiederwahl zum Parteivorsitzenden dem Parteitag die Wahl von Li Yuancu (Li Yuan-zu, Festländer), Hao Bocun, Lin Yanggang (Lin Yang-kang, Taiwanese) und Lian Zhan zu seinen Stellvertretern vor, die von den Delegierten per "Paketabstimmung" (Listenwahl) und Handerhebung einstimmig akzeptiert wurden. Bei der geheimen Vorsitzendenwahl erhielt Li selbst 1.686 oder 82,5% der 2.043 abgegebenen Stimmen; es gab 357 ungültige Stimmen, die auch als Stimmen gegen ihn bewertet wurden. Vor fünf Jahren war er beim 13. Parteitag von 99,3% oder 1.176 der 1.184 anwesenden Delegierten durch Aufstehen zum Vorsitzenden gewählt worden, 8 waren aus Protest gegen die undemokratische Wahlmethode nicht aufgestanden.

Unter den vier Vizeparteivorsitzenden gilt neben Hao Bocun auch Lin Yanggang, der seinerzeit das Amt des Justizyuan-Präsidenten bekleidete und gute Beziehungen zur Nichthauptströmung hat, als ein politischer Rivale von Li Denghui. Li Yuancu und Lian Zhan, die das Regierungsamt des Vizestaatspräsidenten bzw. des Ministerpräsidenten innehaben, sind Vertraute von Staatspräsident und Parteivorsitzenden Li Denghui. Es zeigt sich, daß die Ämtervergabe so arrangiert wurde, daß ein Gleichgewicht zwischen den beiden Flügeln hergestellt wurde.

Große Aufregung gab es auch bei den Wahlen von Mitgliedern des neuen Zentralen Exekutivkomitees (ZEK) der Partei am 19. August. Hier kämpften nicht nur die Hauptströmung und die Nichthauptströmung gegeneinander, sondern auch viele Gruppierungen innerhalb der Hauptströmung untereinander. Von verschiedenen Manipulationen wie z.B. Stimmenkauf und -austausch war die Rede. So konnten von den von der Parteiführung aufgestellten 210 Kandidaten nur 152 oder 72,3% gewählt werden. Die Nichthauptströmung konnte schätzungsweise immerhin noch 20% der 210 Sitze erringen.

Auch bei den Wahlen der 16 Mitglieder des Ständigen Komitees des ZEK kamen zwei der von der Parteiführung aufgestellten Kandidaten nicht durch. 15 weitere Mitglieder desselben Komitees wurden vom Parteivorsitzenden ernannt.

Am 26. August d.J. (1994) wurde das Ständige Komitee des ZEK neu zusammengesetzt. Durch starken Einsatz der Parteiführung wurden diesmal alle 16 von ihr aufgestellten Kandidaten gewählt. Damit ist die Position der Nichthauptströmungsgruppe weiter abgeschwächt wor-

den. Einschließlich der von ihm ernannten 15 Mitglieder hat Parteivorsitzender Li Denghui nur noch wenige Widersacher im höchsten Entscheidungsgremium der KMT.

Aus Enttäuschung über die Unehrlichkeit der KMT-Führung in Sachen Demokratisierung der Partei war kurz vor dem 14. Parteitag eine Gruppe von überwiegend Festländern der jüngeren Generation, die zum Pan-Nichthauptströmungsflügel gehörten, am 10. August 1993 aus der KMT ausgetreten und hatte eine Splitterpartei mit dem Namen "Chinese New Party" (CNP) gegründet. Laut ihrer Gründungsdeklaration vertritt die CNP die "kleinen Leute" und wendet sich gegen den Geldeinfluß großer Unternehmen auf die Politik. Sie hält an den Ideen von Sun Yat-sen (Sun Yixian), dem KMT-Gründer, fest, will aber organisatorisch keine straffe Kaderpartei wie die KMT sein, sondern eine "weiche" Partei oder "Wahlpartei" nach dem US-Modell. Die alten KMT-Gardisten vom Festland bleiben zwar noch in der Partei, aber die meisten von ihnen scheuen sich nicht, die CNP offen zu unterstützen. Die CNP, die über acht Sitze im Gesetzgebungs Yuan verfügt, ist hinter der KMT und der DPP die dritte politische Kraft in Taiwan.

Die DPP ist zwar wie die KMT der Struktur nach eine Kaderpartei, doch bei der Zusammensetzung ihrer Führungsorgane und bei politischen Entscheidungen demokratisch orientiert. Innerparteilich gibt es ebenfalls Flügelkämpfe zwischen verschiedenen Gruppen. Während die "Meilidao" (Schöne Insel), aus Dissidenten der älteren Generation bestehend, eine gemäßigte Politik zur Erzielung einer Unabhängigkeit Taiwans verfolgt, befürwortet eine andere Gruppe, die "Xinchaoliu" (Neue Strömung), einen radikalen Kurs zur Errichtung eines neuen Staats von Taiwan. Dazwischen gibt es andere kleinere Gruppen wie "Fuliguo Lianxian" (Allianz für Wohlfahrtsstaat), "Zhengyi Lianxian" (Allianz für Gerechtigkeit), "Taidu Lianmeng" (Allianz für taiwanesischen Unabhängigkeit) und "Gongtouhui" (Gesellschaft für Plebiszit).

Bis vor kurzem galt der gemäßigte Flügel noch als Hauptkraft der DPP, jetzt zeigt sich, daß der radikale Flügel allmählich die Oberhand gewonnen hat. Auf dem letzten Parteitag Ende April und Anfang Mai 1994 wurde Shi Mingde (Shih Ming-teh) in erster Linie dank der Unterstützung der Xinchaoliu-Gruppe mit einer überwiegenden Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt. Shi gehört zu der Gruppe Zhengyi Lianxian, die der Xinchaoliu nahesteht.

## II Die neue Verfassungsänderung

In der letzten Zeit gab es heftigen Streit unter den drei großen Parteien über die Verfassungsfragen. Die geltende Verfassung der Republik China, die von der Nationalversammlung am 25. Dezember 1946 in Nanjing (Nanking) verabschiedet wurde, hat eine dualistische Struktur aus Parlamentarismus und Präsidialsystem. Danach ist der Staatspräsident, gewählt von der Nationalversammlung, der Oberbefehlshaber der aus Heer, Marine und Luftwaffe bestehenden Streitkräfte des Landes. Er ernennet den Ministerpräsidenten. Beim Erlass von Gesetzen und Verordnungen benötigt er jedoch die Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten und für die Ernenn-

nung des Ministerpräsidenten die Zustimmung des Gesetzgebungsorganes. Der Ministerpräsident trägt als Regierungschef dem Gesetzgebungsorgan gegenüber die politische Verantwortung.

Früher regierten Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek, 1887-1975) und sein Sohn Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo, 1911-1988) als Staatspräsidenten eher mit starker Hand als gemäß der Verfassung. Ende Juli 1994 wurde eine neue Änderung der sogenannten Ergänzungs- und Änderungsartikel zur Verfassung von der Nationalversammlung verabschiedet, danach wird der Staatspräsident in Zukunft vom Volk in den "freien Gebieten" der Republik China - d.h. also Taiwan, Jinmen (Kinmen oder Quemoy) und Matsu (Matsu) - direkt gewählt. Obendrein wird ein Teil der Befugnisse des Ministerpräsidenten hinsichtlich seiner Gegenzeichnung für die Ernennung in zahlreiche führende Ämter abgeschafft; der Staatspräsident darf nach wie vor für wichtige politische Entscheidungen den Nationalratsrat einberufen, der als Beratungsorgan des Präsidenten über dem Exekutivorgan steht, nicht aber der Kontrolle des Gesetzgebungsorganes unterliegt. Somit wird die außerordentliche Position des Staatspräsidenten weiter ausgebaut und in der Verfassung legitimiert.

Die CNP und ihre Gesinnungsfreunde in der KMT, also die Anhänger der Nichthauptströmungsgruppe, die den Parlamentarismus bzw. eine Aufrechterhaltung der originalen Verfassungsbestimmungen bevorzugen, sind eindeutig gegen die Verfassungsänderung zur Verstärkung der Position des Präsidialamtes. Vor allem erheben sie Einwände gegen die Wahl des Staatspräsidenten durch das Volk statt durch die Nationalversammlung, weil das Staatsoberhaupt, so ihr Argument, nicht nur Taiwan allein, sondern weiterhin Gesamtchina repräsentieren sollte.

Die DPP befürwortet zwar die Direktwahl des Staatspräsidenten, aber fordert gleichzeitig die Auflösung der Nationalversammlung. Da in der neuen Verfassungsänderung zur Stärkung der Position der Nationalversammlung noch die Einführung des Amtes eines Sprechers verankert ist, boykottierten die DPP-Deputierten die Abstimmung bei der dritten Lesung. Viele Kritiker bezeichneten die neue Verfassungsänderung als einen Akt einer Partei oder einer Person - gemeint war die KMT bzw. Staatspräsident Li Denghui.

Theoretisch hat sich verfassungsmäßig das dualistische Machtverhältnis zwischen dem Präsidenten als Staatsoberhaupt und dem Ministerpräsidenten als Regierungschef sowie zwischen der Nationalversammlung und dem Gesetzgebungsorgan durch die neue Änderung eher weiter verschärft als gemildert. Konflikte werden leicht entstehen, wenn Ämter bzw. die Mehrheit der Parlamentsorgane in unterschiedliche Hände von Parteien oder Gruppierungen fallen. Zur Zeit verfügt aber die KMT in der Nationalversammlung und dem Gesetzgebungsorgan über rund 78% bzw. 58% der Sitze. Ministerpräsident Lian Zhan ist, wie oben bereits erwähnt, ein Protegé von Staatspräsident Li Denghui. Unter den 21 Ende November 1993 neu gewählten Kreisvorstehern und Bürgermeistern der Provinz Taiwan gehören 13 zur KMT, 6 zur DPP und 2 zu Parteienabhängigen. Im Dezember 1994 werden zum ersten Mal der Gouverneur der Provinz Taiwan sowie die Bürgermeister der zwei provinzfremden

Großstädte Taipei und Kaohsiung (Gaoxiung) gewählt. Man befürchtet einen "Jelzin-Effekt" in dem Fall, daß ein Oppositionskandidat zum Gouverneur der Provinz Taiwan mit über 80% der Gesamtbevölkerung gewählt wird. Denn Staatspräsident Li Denghui wurde 1988 von der Nationalversammlung, nicht vom Volk gewählt. Die erste Direktwahl dieses Amtes soll gemäß Art.2 der neuen Verfassungsänderung und -ergänzung im März 1996 erfolgen. Für die KMT ist die Chance, bei der bevorstehenden Bürgermeisterwahl in der Hauptstadt Taipei zu gewinnen, nicht besonders gut, da der amtierende Amtsträger und Kandidat der KMT, Huang Dazhou (Huang Tachou), ebenfalls ein Protegé des Staatspräsidenten, beim Volk sehr unpopulär ist. Auch muß die KMT im Hinblick auf die Parteispaltung mit starken Stimmeneinbußen rechnen.

Eine anhaltende Rivalität gibt es zwischen den zwei 1991-1992 zum ersten Mal vollständig neugewählten Volksvertretungsorganen, der Nationalversammlung und dem Gesetzgebungsorgan. Bei der Abstimmung zur neuen Verfassungsänderung wurde der Vorschlag der KMT abgelehnt, die Legislaturperiode des Gesetzgebungsorganes von drei auf vier Jahre zu verlängern. Da die Amtszeit des Staatspräsidenten bereits von sechs auf vier Jahre herabgesetzt wurde, muß die Regierung theoretisch immer in einem Jahr zwischen der Präsidial- und der Gesetzgebungsorgan-Wahl zweimal neugebildet werden. Besonders kurios ist, daß es zwischen der nächsten Gesetzgebungsorgan- und der nächsten Präsidentenwahl im Dezember 1995 bzw. im März 1996 nur einen Dreimonatsabstand gibt. Die Deputierten der Nationalversammlung weigerten sich auch, den jetzigen Abgeordneten des Gesetzgebungsorganes ihr Mandat um drei Monate zu verlängern. Dies ist als eine Revanche dafür zu verstehen, daß der Gesetzgebungsorgan in den letzten Jahren den Etat der Nationalversammlung gekürzt hat.

Die Hauptaufgabe der Nationalversammlung war bislang, den Staatspräsidenten zu wählen. Nach der Einführung der Direktwahl des Präsidenten ist dieses Organ eigentlich überflüssig geworden. Aber, wie oben bereits erwähnt, wurde die Position der Nationalversammlung durch die Verfassungsänderung weiter gestärkt. Neben der Einführung des Amtes eines Sprechers hat sie noch die Befugnisse erhalten, der Ernennung der folgenden hohen Amtsträger durch den Staatspräsidenten zuzustimmen: des Präsidenten und Vizepräsidenten von Kontroll-, Prüfungs- und Justizorgan, der Mitglieder des Kontroll- und des Prüfungsorganes und der höchsten Richter des Justizorganes. Die Nationalversammlung soll jedes Jahr mindestens einmal tagen und vom Staatspräsidenten einen Bericht zur Lage der Nation erhalten, sie darf die Staatspolitik prüfen sowie Vorschläge machen. Ohne derartige Kompensationen hätte die Nationalversammlung wohl die Direktwahl des Staatspräsidenten nicht akzeptiert oder der Verfassungsänderung ganz und gar nicht zugestimmt. Die turbulenten Szenen mit groben Beschimpfungen und Schlägereien unter den Deputierten während der Debatten über die Verfassungsänderung haben in der Bevölkerung einen sehr negativen Eindruck hinterlassen. Die Oppositionspartei DPP will die Verfassungsänderung nicht anerkennen. Einer Meinungsumfrage der Tageszeitung *Lianhebao* (United Daily News) vom 31. Juli 1994 zufolge sind 32% der Bevölkerung mit dem Ergebnis der Verfassungsänderung unzufrieden und nur 22% zufrieden.